

Neun Fälle wegen extremen Rechten

Extremismus Die städtische Extremismus-Fachstelle verzeichnete im letzten Jahr mehr Anfragen wegen Rechtsradikalen. Die Islamisten bleiben aber der grösste Sorgenfaktor.

Delia Bachmann

Ein Schüler schlägt sich die Nächte mit «Imamvideos» um die Ohren. Ein Jugendlicher teilt seine Rachefantasien mit seiner Psychotherapeutin. Ein junger Mann macht sich Sorgen um einen guten Freund, der sich in Verschwörungstheorien verliert und sich jüdenfeindlich äussert. Das sind 3 der 52 Fälle, die letztes Jahr auf dem Tisch der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention landeten. 11 mehr als im Vorjahr.

Vor fünf Jahren gründete die Stadt Winterthur die Fachstelle als Antwort auf den gewaltbereiten Islamismus. Der Auslöser war die Ausreise von zwei Geschwistern nach Syrien in den Jihad. Noch immer geht es bei den meisten Beratungen um religiösen Extremismus. Laut Urs Allemann verzeichnete die Fachstelle insgesamt 24 Anfragen dazu. Trotzdem ist das Thema weniger virulent als in früheren Jahren.

Eisenjugend in den Medien

Dafür rückten Rechtsradikale in den Fokus der Medien und der Fachstelle. Für Schlagzeilen sorgte zunächst die Neonazi-Zelle «Eisenjugend» aus Winterthur, die später in der «Jungen Tat» aufging. Deren Mitglieder hetzten gegen Juden und posierten schwer bewaffnet in Propaganda-Videos in den sozialen Medien. Mehrere Personen wurden im April unter anderem wegen Rassendiskriminierung verurteilt.

Laut Allemann gab es einen signifikanten Anstieg von Anfragen zu Rechtsextremismus. Im letzten Jahr führte die Fachstelle neun Beratungen durch. In früheren Jahren seien es jeweils ein oder zwei Fälle gewesen. Die verbleibenden 19 Fälle lassen sich keiner klaren Kategorie zuordnen. Keine Anfragen gab es laut Allemann zu autonomen Linksradikalen. Dafür je eine



Die «Hitler-Eiche» am Deutweg bescherte der Stadtverwaltung viele Anrufe. Foto: Madeleine Schoder

zum militanten Veganismus und zum Tierschutz.

Am Mittwoch veröffentlichte die Extremismus-Fachstelle ihren Jahresbericht. Daraus geht hervor, dass es bei den meisten Anfragen – 43 von 52 – um «risikogefährdete» Personen oder Gruppen ging. Gemeint sind Menschen, die auf dem Weg zu einer Radikalisierung sein könnten. Sprich, bei denen das Umfeld so wie in eingangs erwähnten Beispielen besorgt auf ein verändertes Verhalten reagiert.

In solchen Fällen schätzt die Fachstelle zunächst einmal die Situation ein. Sie beantwortet die Fragen der Person, die um Rat

«Auch radikale Gedanken sind frei.»

Urs Allemann

Leiter der Abteilung Prävention und Frühintervention

sucht, und bespricht mit dieser das weitere Vorgehen. Meistens sind es Fachpersonen (26) wie etwa Lehrerinnen oder Sozialarbeiter, die sich melden. Seltener suchen Privatpersonen (16) wie die Chefin oder der Vermieter um

Rat. Und am seltensten die Angehörigen (11). Nur in sechs Fällen wurde die Polizei eingeschaltet. Dies geschieht erst, wenn eine rote Linie überschritten wurde.

Wo die rote Linie verläuft

Die rechtsextremen Gruppen aus Winterthur hatte die Extremismus-Fachstelle schon länger auf dem Radar. Trotzdem verzichtete sie auf eine Eskalation. Denn sie kam zum Schluss, dass keine Fremdgefährdung vorlag: «Eine Radikalisierung ist ein Prozess. Man weiss nie, wohin sie genau führt», sagte Allemann im September gegenüber dem «Landboten».

«Auch radikale Gedanken sind frei», bringt Allemann das Dilemma der Fachstelle auf den Punkt. Es ist ein Abwägen zwischen dem Recht auf freie Meinungsäusserung und Religionsfreiheit und der Gefahr, die von einer Person ausgeht. Nur weil jemand gegen soziale Normen wie das Händeschütteln verstösst, ist das noch kein Grund für eine Gefährdungsansprache durch die Polizei.

Die rote Linie ist das Gesetz, das etwa die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verbietet. In den sechs Fällen, bei denen die Polizei eingeschaltet wurde, ging es um religiösen oder rechtsradikalen Extremis-

«Wir und vor allem Stadtgrün bekamen viele Anrufe wegen dieses Baums.»

Urs Allemann

Leiter der Abteilung Prävention und Frühintervention

mus. In allen sechs Fällen war es schon zu Gewalt gekommen oder es gab konkrete Hinweise dafür, dass es bald dazu kommen könne. Die übrigen drei Anfragen betrafen Fragen allgemeiner Natur.

Wirbel um die Hitler-Eiche

Die Beratungen machen etwa ein Viertel der Arbeit der Fachstelle aus. Zu ihren Aufgaben gehört es auch, sich mit anderen Stellen zu vernetzen und Wissen zu vermitteln. Im März wurde die Extremismus-Fachstelle mit der Suchtprävention und den Jugendangeboten «Jump und Jumpina» zusammengelegt. Und zwar in der Abteilung «Prävention und Frühintervention», die von Urs Allemann geleitet wird. Serena Gut trat im Juli seine Nachfolge als Leiterin der Fachstelle an.

Der Jahresbericht wirft auch ein kritisches Licht auf die Rolle der Medien. Dies am Beispiel des Berichts über die lokale Islamisten-Szene, die sich auf dem Deutweg-Areal trifft – unter der Hitler-Eiche. Der Baum wurde daraufhin selbst zur Geschichte. «Die Medien sind Fluch und Segen», sagt Allemann. Sie würden zwar auf Probleme aufmerksam machen, aber – wie im Fall der Hitler-Eiche – auch unnötigen Mehraufwand verursachen: «Wir und vor allem Stadtgrün bekamen viele Anrufe wegen dieses Baums.»

Skiclub-Hütte braucht neue Fenster

Crowdfunding Der Skiclub Winterthur braucht Geld, um das Skihaus Rietbach im Toggenburg zu sanieren.

Der Skiclub Winterthur wurde 1905 gegründet und ist damit einer der ältesten Sportclubs der Stadt Winterthur. 1948 erbauten seine damaligen Mitglieder die

Skihütte Rietbach im Gebiet Wolzenalp. Heute, mehr als 70 Jahre später, muss das Haus dringend saniert werden. In einem besonders schlechten Zustand befinden

sich die Fenster und Fensterläden. Um das Geld dafür aufzutreiben, rief der Skiclub eine Crowdfunding-Aktion ins Leben. Benötigt werden mindestens 45'000 Franken.

«Die Winterstürme sowie die Sommerhitze haben ihre Spuren hinterlassen», sagt Vereinsmitglied Rolf Hofmann. Die Scheiben fallen aus den Rahmen und die Läden aus den Scharnieren. «Tausende Winterthurerinnen haben schon Wander- oder Skiferien in der Hütte verbracht und sollen dies auch in Zukunft tun können.»

Nun sucht der Skiclub auf Lokalhelden.ch nach Spendern. «Der Wind soll um und nicht mehr durch das Haus pfeifen», so Hofmann. Von den erhofften 45'000 Franken konnte bisher rund 16'000 sammeln. Die Aktion läuft noch bis Ende Juli.

Jan Andrin Stolz



Das über 70 Jahre alte Skihaus Rietbach benötigt neue Fenster. Dafür sammelt der Skiclub Winterthur Spenden. Foto: Rolf Hofmann

Die Polizei nimmt täglich drei Velos mit

Veloparkplätze Die Veloparkplätze sind oft besetzt, weshalb viele Leute ihre Velos ausserhalb der Markierungen abstellen.

Der Sommer und die grosszügige Lockerung der Corona-Massnahmen locken viele Leute auf die Strasse. In der Stadt Winterthur flammen darum alte Konflikte wieder auf. Etwa bei den Veloparkplätzen rund um den Bahnhof und in der Altstadt, die oft besetzt sind.

Eva Schlegel war unterwegs zu einem Zahnarzttermin und parkierte ihr Velo vor dem Restaurant National. «Ich war knapp dran und stellte mein Velo daher rund einen halben Meter neben den markierten Abstellbereich», erzählt Schlegel. Die offiziellen Plätze seien alle besetzt gewesen. Als sie rund eine Stunde später zurückkehrte, war das Velo weg. Die Polizei hat es abtransportiert. Schlegel musste ihr Fahrrad dann beim Brühlgutbüro in Töss gegen eine Gebühr von 50 Franken abholen. Schlegel ist schockiert über den Aufwand, den sie betreiben

musste, um ihr Velo wieder zu bekommen. Michael Wirz, Sprecher der Stadtpolizei Winterthur, erachtet das Umplatzieren oder Abschleppen von Velos, die ausserhalb der Markierungen parkiert wurden, als nötig: «Die Signalisationen sind klar ersichtlich. Wenn wir diese nicht kontrollieren, entsteht schnell ein Chaos.»

Trottoirs dürfen nicht versperrt werden

Wenn innerhalb des Abstellbereichs Platz vorhanden ist, platzieren die Mitarbeitenden der Stadtpolizei das Velo laut Wirz am richtigen Ort. Wegen der vielen Passanten rund um den Bahnhof müsse die Ordnung aufrechterhalten werden: «Es ist wichtig, dass die Trottoirs nicht versperrt sind.» Laut Wirz nimmt die Stadtpolizei täglich rund drei falsch parkierte Velos und E-Scooters mit. In den meisten Fällen handle es sich dabei um offensichtlich



Noch diesen Sommer könnte das Veloparkfeld vor dem National verschwinden. Foto: M. Schoder

herrenlose Fahrräder. Wenn die Stadt die geplante Verkehrsordnung durchsetzen kann, verschwinden noch in diesem Sommer rund 100 Veloparkplätze. Dabei handelt es sich um das bahnhofnächste Parkfeld vor dem Restaurant National. Als Alternative zu den Abstellplätzen an der Stadthausstrasse dienen die Veloständer vor dem Manor.

Jan Andrin Stolz